

2013

Die Welt von morgen

gerecht
global
gemeinsam

Positionspapier zur Bundestagswahl 2013

Inhalt

Einführung – 3

1. Internationale Debatten gestalten – Strukturen verändern – 4
2. Qualität, Kohärenz und Koordinierung verbessern – 5
3. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit stärken – 6
4. Finanzierung sichern, um Armut zu reduzieren – 7
5. Klimawandel eindämmen – Anpassung unterstützen –
Energiewende fördern – 8
6. Ernährungssouveränität fördern – Hunger bekämpfen – 9
7. Soziale Grunddienste stärken – 10
8. Fragile Staaten stärken – Krisen und Konflikten vorbeugen –
humanitäre Hilfe leisten – 11
9. Entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit ausbauen – 12

VENRO-Website – 13

VENRO-Mitglieder – 14

Impressum – 15

Einführung

Die kommende Bundesregierung und der neu gewählte Bundestag werden sich großen globalen Herausforderungen stellen müssen. Der Klimawandel, die Wirtschafts- und Finanzkrise, die Ernährungskrise und das anhaltende Bevölkerungswachstum erfordern eine umfassende Politikwende: Nur durch den weltweiten nachhaltigen Umbau von Wirtschaft und Gesellschaft kann soziale und ökologische Gerechtigkeit hergestellt werden. Der Wissenschaftliche Beirat der Bundesregierung Globale Umweltveränderungen (WBGU) bezeichnet diese Politikwende als »große Transformation«.

Um den Krisen unserer Zeit zu begegnen und eine nachhaltige Entwicklung hin zu einer Welt ohne Hunger und Armut zu ermöglichen, müssen alte Strukturen überdacht und neue Lösungswege beschritten werden: Wir brauchen ein ambitioniertes internationales Klimaabkommen, um die Erderwärmung auf zwei Grad Celsius zu begrenzen. Die Finanzmärkte müssen reguliert und wieder in den Dienst der Realwirtschaft gestellt werden. Die Weltgemeinschaft muss sich auf neue Ziele für eine menschenrechtsbasierte, sozial und ökologisch nachhaltige Entwicklung einigen – und diese Ziele auch umsetzen.

Auch in den Industrieländern selbst muss eine Transformation einsetzen, die Wohlstand und Lebensqualität

nicht am wirtschaftlichen Wachstum misst, sondern an sozialer und ökologischer Gerechtigkeit.

Für diese große Transformation sind gewaltige Anstrengungen auf nationaler und internationaler Ebene nötig. Entwicklungspolitik allein reicht hierzu bei Weitem nicht aus. Aber sie kann einen wichtigen Beitrag leisten, um Allianzen für eine Welt zu schmieden, in der Menschen und Gesellschaften sich von Hunger, Armut und Krankheit befreien, ihre Rechte wahrnehmen, die Kluft zwischen Arm und Reich verkleinern und Verantwortung für unseren Planeten übernehmen – unabhängig von Herkunft, sozialer Stellung, Geschlecht, Religion, Behinderung und von politischer sowie sexueller Orientierung.

Die neue Bundesregierung muss sich im Sinne einer solchen großen Transformation hin zu sozialer und ökologischer Gerechtigkeit verstärkt in internationale Debatten einbringen. Sie muss internationale Zusagen einhalten und ihre Politik kohärent im Interesse der Entwicklung gestalten. Hierfür bedarf es auch einer breiten Unterstützung aus dem Deutschen Bundestag und der Bevölkerung.

Als Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen (VENRO) wollen wir die neue Bundesregierung hierbei konstruktiv und kritisch begleiten.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- eine menschenrechtsbasierte, geschlechtergerechte und nachhaltige Entwicklungspolitik verfolgt. Deren oberste Ziele müssen Armutsbekämpfung sowie soziale und ökologische Gerechtigkeit sein.
- internationale Verpflichtungen einhält, indem sie die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit verbessert und die zugesagten finanziellen Mittel bereitstellt.
- sich verstärkt an internationalen Debatten zur Zukunft der Entwicklungspolitik beteiligt und sich für globale Veränderungen hin zu einer nachhaltigen und rechtbasierten Entwicklung einsetzt.
- Entwicklungspolitik als Beitrag zur sozial-ökologischen Transformation ausgestaltet und als eigenständiges Ressort für globale Strukturfragen mit den dafür notwendigen Kompetenzen und Ressourcen ausstattet.
- die bisherige Messgröße zur Beurteilung des Wohlstands, das Bruttonationalprodukt, um soziale und ökologische Indikatoren ergänzt.

1. Internationale Debatten gestalten – Strukturen verändern

Wenn die neue Bundesregierung im Herbst 2013 ihre Arbeit aufnimmt, werden die internationalen Verhandlungen über die künftigen globalen Nachhaltigkeitsziele (Sustainable Development Goals – SDG) und die Zukunft der Millenniumsentwicklungsziele (Millennium Development Goals – MDG) in vollem Gange sein. Die Ergebnisse dieser Verhandlungen werden die künftige Kooperation zwischen Entwicklungs-, Schwellen- und Industrieländern maßgeblich prägen. Die neue Bundesregierung muss sich daher

verstärkt in die Post-MDG-Debatte und SDG-Debatte einbringen, die Debattenstränge zusammenführen und den Prozess für die Lösung der Klima-, Finanz-, Ernährungs- und Energiekrisen nutzen. Die Vereinten Nationen (UN) müssen dabei trotz ihres Reformbedarfs die zentrale und legitime Institution der internationalen Zusammenarbeit bleiben, während sich die G8 und G20 stärker zur Armutsreduzierung verpflichten müssen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- ihre Anstrengungen verstärkt, um die Millenniumsentwicklungsziele in möglichst vielen Ländern der Welt bis 2015 zu erreichen.
- sich dabei insbesondere für die Entwicklungsziele in fragilen Staaten einsetzt, in denen bisher keines der MDG erreicht wurde – auch über 2015 hinaus.
- auf internationaler Ebene für konkrete und messbare Entwicklungsziele für die Zeit nach 2015 eintritt. Diese müssen darauf abzielen, die Entwicklung in allen Ländern der Welt nachhaltig, menschenrechtsbasiert und geschlechtergerecht zu gestalten.
- dabei international auf eine Zusammenführung der Prozesse zur Erarbeitung einer »Post 2015-Entwicklungsagenda« und einer »Post-Rio-20-Agenda« hinwirkt und eine treibende Rolle bei der partizipativen Erarbeitung dieser Ziele einnimmt.
- sich dafür einsetzt, dass die UN reformiert und gegenüber den G8 und G20 gestärkt werden. Mittelfristig soll ein Rat für nachhaltige Entwicklung geschaffen werden, der die Umsetzung künftiger Entwicklungsziele überprüft und der UN-Generalversammlung rechenschaftspflichtig ist. Zudem müssen die Entwicklungs- und Schwellenländer stärker in den Governance-Strukturen von IWF und Weltbank repräsentiert sein.
- auf internationaler Ebene ausreichende Regulierungen vorantreibt, um volkswirtschaftlich schädliche Spekulationen auf den Finanzmärkten einzudämmen, Kapital- und Steuerflucht zu verhindern und Steueroasen zu schließen.
- sich innerhalb der G8 und der G20 für eine Überprüfung einsetzt, wie sich deren Entscheidungen auf die Armuts- und Hungerbekämpfung sowie auf die Einhaltung der Menschenrechte in Entwicklungs- und Schwellenländern auswirken.
- bei der von der G20 forcierten Zusammenarbeit mit der Privatwirtschaft einfordert, dass die Armutsreduzierung das übergeordnete Ziel ist und Menschenrechts-, Arbeits- und Sozialstandards sowie Klima- und Umweltschutzkriterien eingehalten werden.
- die Beteiligung der Zivilgesellschaft am G20-Prozess sowie bei der Erarbeitung, der Umsetzung und dem Monitoring der künftigen Entwicklungsziele durch Zugangs- und Dialogplattformen sicherstellt.



2. Qualität, Kohärenz und Koordinierung verbessern

Auch die Politik Deutschlands und der Europäischen Union (EU) wird sich in den kommenden Jahren weiterentwickeln müssen, um effizient und effektiv dazu beizutragen, Armut zu bekämpfen und die internationalen Entwicklungsziele umzusetzen. Denn unsere Politik, sei es im Agrar-, Handels-, Rüstungs-, Finanz- oder Migrationsbereich, bleibt nicht ohne Folgen für Menschen in Entwicklungs- und Schwellenländern. Es muss daher sichergestellt werden,

dass die Entwicklungszusammenarbeit nicht durch andere Politiken konterkariert oder wirtschaftlichen Interessen untergeordnet wird. Um zudem die Qualität der Entwicklungszusammenarbeit zu erhöhen, müssen sich die Geber, wie auf den Konferenzen von Paris (2005), Accra (2008) und Busan (2011) vereinbart, besser koordinieren und transparenter agieren.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- sich in der EU dafür einsetzt, dass in den 2005 festgelegten zwölf Politikfeldern das Kohärenzgebot umgesetzt wird und alle Politiken der EU entwicklungsfördernd gestaltet werden. Dies gilt insbesondere für Handelsabkommen der EU mit Drittstaaten. Diese müssen den Entwicklungsländern das Recht lassen, ihre Industrien und Märkte zu schützen sowie starke menschenrechtliche, soziale und ökologische Standards beinhalten, die sanktionsbewehrt sind.
- durch ressortübergreifende und institutionalisierte Verfahren sicherstellt, dass alle Sektoren der internationalen Zusammenarbeit kohärent an entwicklungspolitischen Zielen ausgerichtet sind.
- eine/n im Bundeskanzleramt angesiedelte/n Beauftragte/n der Bundesregierung für Kohärenz im Interesse von Entwicklung beruft, die/der dem Deutschen Bundestag und der Öffentlichkeit einen jährlichen Kohärenzbericht vorlegt.
- die auf den Konferenzen von Paris, Accra, und Busan vereinbarten Prinzipien zur Wirksamkeit der Entwicklungszusammenarbeit umsetzt und die Entwicklungszusammenarbeit stärker an Wirkungen orientiert. Die Transparenz der deutschen Entwicklungszusammenarbeit muss erhöht werden, indem die Öffentlichkeit jährlich detailliert und vollständig über Höhe und Verwendung der finanziellen Mittel (nach Ländern, Sektoren und Projekten gegliedert) informiert wird.
- sich im Rahmen der OECD für die schrittweise vollständige Lieferaufbindung einsetzt – einschließlich der technischen Zusammenarbeit.
- den Deutschen Bundestag und die Zivilgesellschaft ernsthaft in die Erarbeitung von entwicklungspolitischen Konzepten einbezieht.



3. Menschenrechte und Geschlechtergerechtigkeit stärken

Entwicklungspolitik muss einen Beitrag zur Umsetzung der bürgerlichen, politischen, wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Menschenrechte leisten. Hierzu hat sich Deutschland in zahlreichen internationalen Abkommen verpflichtet. Eine besondere Rolle kommt dabei den Rechten von Frauen und Mädchen zu, denn sie machen nach wie

vor die Mehrheit der Menschen aus, die in Armut leben und keinen Zugang zu wirtschaftlichen, sozialen und politischen Ressourcen haben. Menschenrechtliche Standards müssen daher die Grundlage aller entwicklungspolitischen Aktivitäten bilden, unabhängig davon, ob diese im politischen, wirtschaftlichen oder sozialen Bereich stattfinden.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- Menschenrechte und die Gleichberechtigung der Geschlechter stärker in den Fokus der Entwicklungszusammenarbeit rückt und bestehende menschenrechtliche Vereinbarungen umsetzt. Diese ergeben sich beispielsweise aus den UN-Konventionen über die Frauenrechte, die Rechte des Kindes und die Rechte von Menschen mit Behinderungen.
- eine Politikfolgenabschätzung implementiert, mit der die menschenrechtlichen Folgen der Politik der Bundesregierung gegenüber Entwicklungsländern geprüft werden.
- einen Beschwerdemechanismus für Personen einrichtet, die ihre Menschenrechte z. B. durch die Tätigkeit transnationaler Konzerne verletzt sehen.
- die Rechte und Belange von ethnischen, religiösen und sexuellen Minderheiten sowie von marginalisierten Gruppen, wie Menschen mit Behinderungen, Migranten, Kindern, Jugendlichen und alten Menschen, im Dialog mit Partnerregierungen und in der Umsetzung der bilateralen Entwicklungszusammenarbeit konsequent durchsetzt.
- internationale Übereinkommen ratifiziert, z. B. die UN-Konvention zum Schutz von Wanderarbeitern und ihren Familien sowie die Konventionen der Internationalen Arbeitsorganisation (ILO) zum Schutz indigener Völker und über menschenwürdige Arbeit für Hausangestellte.

4. Finanzierung sichern, um Armut zu reduzieren

Als sich die internationale Gemeinschaft im Jahr 2001 auf die Millenniumsentwicklungsziele einigte, war sie sich bewusst, dass diese nicht allein mit politischem Willen umgesetzt werden können, sondern erhebliche finanzielle Ressourcen erfordern. Deutschland verpflichtete sich gemeinsam mit anderen Industrieländern dazu, bis zum Jahr 2015 Mittel in Höhe von 0,7 Prozent des Bruttonationaleinkommens

für die Entwicklungszusammenarbeit und die humanitäre Hilfe in Form von Official Development Assistance (ODA) bereitzustellen. Obwohl sich die Bundesregierung und die Mehrheit der Abgeordneten des Deutschen Bundestages wiederholt zu diesem Ziel bekannt haben, wird es aller Voraussicht nach nicht bis 2015 erreicht werden.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- bereits 2014 die ODA um mindestens 1,2 Milliarden Euro erhöht und einen verbindlichen Plan vorlegt, mit welchen Mitteln das 0,7 Prozent-Ziel bis zum Ende der Legislaturperiode erreicht werden soll.
- die baldige Einführung einer europaweiten Finanztransaktionssteuer durchsetzt und sich politisch verpflichtet, einen Teil der Erlöse für die Klima- und Entwicklungsfinanzierung zu verwenden. Entwicklungs- und Schwellenländern müssen weiterhin Schulden erlassen werden, zudem muss ein internationales, transparentes und unabhängiges Insolvenzverfahren für Staaten geschaffen werden.
- die Aufteilung der Mittel zwischen bi- und multilateraler Zusammenarbeit nicht starr festlegt, sondern sie flexibel nach den entwicklungspolitischen Notwendigkeiten gestaltet.
- die Entwicklungszusammenarbeit stärker auf arme und verletzte Bevölkerungsgruppen konzentriert. Dies gilt sowohl für die am wenigsten entwickelten Länder als auch für die Länder mit mittleren Einkommen, in denen drei Viertel der Armen leben.
- bei der ODA-Verwendung besondere Schwerpunkte darauf legt, soziale Grunddienste auszubauen, Demokratie und gute Regierungsführung zu stärken und die Zivilgesellschaft in Entwicklungsländern und in Deutschland zu unterstützen. Bei der Förderung von Projekten deutscher Nichtregierungsorganisationen muss die Unabhängigkeit der geförderten Organisationen erhalten bleiben.

5. Klimawandel eindämmen – Anpassung unterstützen – Energiewende fördern

Der Klimawandel, der überwiegend von den Industriestaaten verursacht wurde, bedroht schon heute die Existenz von Millionen Menschen in Entwicklungsländern. Um den Klimawandel einzudämmen und seine Folgen abzufedern, muss die internationale Staatengemeinschaft entschlossen handeln, unter anderem indem sie sich auf ein ambitioniertes

internationales Klimaabkommen einigt. Die künftige Bundesregierung muss den nationalen Klimaschutz verstärken und gleichzeitig die Entwicklungs- und Schwellenländer im Sinne der gemeinsamen, aber differenzierten Verantwortung dabei unterstützen, sich an den Klimawandel anzupassen und kohlenstoffarme Entwicklungspfade einzuschlagen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- die CO₂-Emissionen in Deutschland bis 2020 um mindestens 40 Prozent reduziert, einen Null-Emissionsfahrplan für die Zeit bis 2050 erstellt und sich dafür einsetzt, dass das Reduktionsziel der EU auf 30 Prozent bis 2020 erhöht wird.
- angesichts der Blockade bei den Klimaverhandlungen Vorreiterallianzen mit anderen Industrie-, Schwellen- und Entwicklungsländern eingeht, die im Klimaschutz vorangehen wollen. Parallel hierzu muss auch der UN-Prozess weiter vorangetrieben werden.
- Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützt, die ordnungspolitischen Strukturen und finanziellen Anreize für Investitionen in eine Energiewende hin zu erneuerbaren Energien und Energieeffizienz zu schaffen. Zugleich müssen vor allem die ärmsten Entwicklungsländer und die ärmsten und verletzlichsten Bevölkerungsgruppen bei der Anpassung an den Klimawandel unterstützt werden.
- die internationalen Zusagen zur Klimafinanzierung erfüllt und bis zum Ende der nächsten Legislaturperiode zusätzlich zum 0,7 Prozent-Ziel Mittel in Höhe von 0,3 Prozent des Bruttonationaleinkommens für die Klimafinanzierung bereitstellt. Hierzu sollten unter anderem neben den Einnahmen aus der Finanztransaktionssteuer mindestens 50 Prozent der Mittel aus dem Sondervermögen »Energie- und Klimafonds« für die internationale Klima- und Umweltfinanzierung verwendet werden. Die Einnahmen aus einer einzuführenden Besteuerung des internationalen Flug- und Schiffverkehrs sollen direkt in den Grünen Klimafonds fließen.



6. Ernährungssouveränität fördern – Hunger bekämpfen

Noch immer hungern mehr als 870 Millionen Menschen weltweit. Die Hungerkrisen am Horn von Afrika und im Sahel haben gezeigt, dass eine Welt ohne Hunger nach wie vor in weiter Ferne liegt. Zugleich wurde in den vergangenen Jahren immer deutlicher, welche verheerenden Folgen Spekulationen mit Nahrungsmitteln und Land, aber auch

die Agrarpolitik der EU für die Ernährungssicherung in Entwicklungsländern haben. Es gilt daher zum einen, die Landwirtschaft und die Entwicklung im ländlichen Raum in Entwicklungsländern zu fördern. Zum anderen müssen auf globaler Ebene Entwicklungen eingedämmt werden, die das Recht auf Nahrung untergraben.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- Kleinbäuerinnen und Kleinbauern in Entwicklungsländern dabei unterstützt, eine nachhaltige Landwirtschaft auf- und auszubauen. Diese muss sich an der Nachfrage regionaler Märkte orientieren und Ernährungssicherheit sowie Einkommen für die lokale Bevölkerung schaffen.
- sich dafür einsetzt, das Recht auf Nahrung umzusetzen. Dieses muss in einem eigenständigen Artikel in die Gesetze zur Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) der EU aufgenommen werden. Auf EU-Ebene muss eine Beschwerdestelle für Menschen und Institutionen aus Entwicklungsländern geschaffen werden, die ihr Recht auf Nahrung durch die EU verletzt sehen.
- Entwicklungsländer nicht daran hindert, ihre Märkte vor Produkten zu schützen, die von EU-Staaten zu Dumping-Preisen angeboten werden.
- Spekulationen mit Nahrungsmitteln durch gesetzliche Regelungen einschränkt und die Beimischungsquote für Bio-kraftstoffe auf nationaler und europäischer Ebene abschafft.
- das Komitee für Welternährungssicherheit (CFS) der Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO) stärkt und als übergeordnetes globales Gremium zur Koordinierung der Strategien im Ernährungsbereich anerkennt.
- sich dafür einsetzt, die freiwilligen Leitlinien der FAO für die verantwortungsvolle Verwaltung von Boden- und Landnutzungsrechten, Fischgründen und Wäldern umzusetzen und zu verbindlichen Regeln der deutschen Entwicklungszusammenarbeit zu machen. Regierungen in Entwicklungsländern, die das »Land Grabbing« unterbinden, müssen aktiv unterstützt werden.



7. Soziale Grunddienste stärken

Der Zugang zu sozialen Grunddiensten wie Gesundheit und Bildung ist wesentlich für die Entwicklung von Gesellschaften. Noch immer bleibt das Recht auf Gesundheit und Bildung Millionen Menschen verwehrt. Obwohl etwa bei der Eindämmung von HIV/AIDS Fortschritte verzeichnet werden konnten, wurden viele der gesundheitsbezogenen MDG nicht erreicht. Und trotz gesteigener Einschulungsraten

hatten 2010 noch immer mehr als 130 Millionen Kinder weltweit keinen Zugang zur Grund- und Sekundarschule. Ungefähr 796 Millionen Erwachsene sind Analphabeten. Gleichzeitig stellt die mangelnde Qualität der Bildung eine enorme Herausforderung dar. 250 Millionen Kinder im Grundschulalter können weder lesen noch schreiben, obwohl sie eine Schule besuchen.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- sich für das Menschenrecht auf Bildung und Gesundheit einsetzt und die Mittel für diese sozialen Grunddienste erheblich steigert. Die Beiträge an den Globalen Fonds zur Bekämpfung von AIDS, Tuberkulose und Malaria müssen auf jährlich 400 Millionen Euro verdoppelt werden. Für die Entwicklung von Medikamenten gegen armutsbedingte und vernachlässigte Krankheiten müssen zwischen 2013 und 2016 mindestens 100 Millionen Euro zusätzlich bereitgestellt werden.
- nationale Gesundheitssysteme und eine flächendeckende Basisgesundheitsversorgung unterstützt, um den Zugang zu Gesundheitsleistungen zu verbessern – auch für marginalisierte Personen wie Menschen mit Behinderungen.
- verstärkt dazu beiträgt, dass alle Kinder und Jugendliche ihr Recht auf Bildung unabhängig von Herkunft, Geschlecht, Religion und Behinderung wahrnehmen können und Zugang zu qualitativ hochwertiger Primar- und Sekundarbildung bekommen.
- Partnerländer bei der Erarbeitung und Umsetzung tragfähiger Bildungspläne unterstützt, die den Mangel an Lehrkräften in den Fokus nehmen und frühkindliche Bildungsangebote sowie Grund- und Sekundarbildung möglichst inklusiv gewährleisten.
- Entwicklungs- und Schwellenländer dabei unterstützt, menschenwürdige Arbeitsbedingungen herzustellen, Arbeitsplätze für junge Menschen zu schaffen und entschlossen gegen ausbeuterische Kinderarbeit vorzugehen. Hierzu muss die Politik auch die Internationale Arbeitsorganisation (ILO) dabei unterstützen, ihre Agenda für menschenwürdige Arbeit umzusetzen. Der Auf- und Ausbau sozialer Sicherungssysteme muss besonders gefördert werden. Zu diesen müssen auch Menschen Zugang bekommen, die in der informellen Wirtschaft tätig sind.



8. Fragile Staaten stärken – Krisen und Konflikten vorbeugen – humanitäre Hilfe leisten

In fragilen Staaten und Staaten in Konfliktsituationen sind die MDG besonders weit von der Umsetzung entfernt. Hier fehlen mit Frieden und Sicherheit wichtige Voraussetzungen für Entwicklung. Entwicklungspolitik kann einen wichtigen Beitrag dazu leisten, anhaltenden Frieden im Sinne menschlicher Sicherheit zu schaffen sowie Krisen und Konflikten

vorzubeugen. Hierzu bedarf es jedoch eines abgestimmten Vorgehens – sowohl zwischen den Ministerien als auch international. Globale Herausforderungen, wie der Klimawandel und die Zunahme von gewaltsam ausgetragenen Konflikten, steigern den Bedarf an humanitärer Hilfe.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- den Aktionsplan »Zivile Krisenprävention, Konfliktlösung und Friedenskonsolidierung« weiterentwickelt und die Mittel für diesen Bereich stetig erhöht.
- den Zivilen Friedensdienst als Instrument zur effektiven Bearbeitung von gewaltförmigen Konflikten in Krisenländern stärkt.
- die UN-Sicherheitsratsresolution 1325 »Frauen, Frieden und Sicherheit« sowie deren Folgeresolutionen im Rahmen ihrer Außen- und Sicherheitspolitik umsetzt.
- die öffentliche Diskussion über wirksame friedenspolitische und krisenpräventive Ansätze verstärkt und Dialogforen anbietet, in denen Zivilgesellschaft, Friedensforschung und Staat gemeinsam über krisenpräventive Ansätze diskutieren.
- ein nationales Rüstungsexportkontrollgesetz vorlegt, das einen klaren Bezug zur Menschenrechtslage in den importierenden Staaten herstellt und die parlamentarische Kontrolle sichert. Zudem muss sich die Politik auf internationaler Ebene für eine verstärkte Abrüstung und Waffenkontrolle einsetzen.
- neutrale Humanitäre Hilfe leistet und ausreichend finanziert. Diese Humanitäre Hilfe muss sich an den im »Europäischen Konsens über die Humanitäre Hilfe« verankerten Prinzipien ausrichten und unabhängig von außen-, wirtschafts- und sicherheitspolitischen Interessen erfolgen.
- das Instrumentarium der Humanitären Hilfe so gestaltet, dass es schnell und unbürokratisch einsetzbar ist, lokale Akteure beteiligt und mit dem Wiederaufbau und der Entwicklungszusammenarbeit verknüpft werden kann.
- die Entwicklung fragiler Staaten langfristig, transparent und orientiert an den Bedürfnissen der Bevölkerung unterstützt. Dies gilt insbesondere für Afghanistan nach dem Abzug der Bundeswehr. Zudem muss das dortige militärische, zivile und zivilgesellschaftliche Engagement Deutschlands öffentlich und transparent evaluiert werden.



9. Entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit ausbauen

Armut, Hunger, Krankheiten und Klimawandel sind globale Herausforderungen. Sie können nur bewältigt werden, wenn Menschen weltweit bereit sind, die notwendigen ökonomischen, sozialen, ökologischen und politischen Veränderungen aktiv mitzutragen und zu gestalten. Die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit leistet

einen wichtigen Beitrag dazu, in der hiesigen Bevölkerung das Verständnis für entwicklungspolitische und globale Zusammenhänge und somit die Unterstützung für die notwendigen Transformationen zu erhöhen. In Zukunft muss diese Arbeit personell und finanziell deutlich ausgebaut werden.

Wir erwarten von der Politik, dass sie

- das Promotorenprogramm weiter ausbaut, um die Bevölkerung über Entwicklungspolitik zu informieren und ihr Engagement zu fördern.
- sich im Dialog mit den Kultusministerien der Länder dafür einsetzt, dass entwicklungspolitische Themen Teil der schulischen Curricula werden.
- das Freiwilligenprogramm »weltwärts« besonders im Bereich der Arbeit mit Rückkehrenden ausbaut, um die Nachhaltigkeit des Programms zu stärken. Die Inklusion von Freiwilligen mit Behinderung muss gewährleistet werden.
- mittelfristig zwei Prozent der ODA-Mittel für die entwicklungspolitische Bildungs- und Inlandsarbeit bereitstellt.
- die Zivilgesellschaft in die Trägerschaft der Servicestelle »Engagement Global« gleichberechtigt einbezieht.

VENRO-Website



VENRO-Special zur Bundestagswahl 2013

Auf der VENRO-Website finden Sie demnächst ein Special zur Bundestagswahl 2013. Ein Klick und Sie sind gut informiert über geplante Aktionen, Publikationen und Presseevents.

→ www.venro.org

VENRO-Mitglieder

- A**
- action medeor
 - ADRA Deutschland
 - Ärzte der Welt
 - Ärzte für die Dritte Welt – German Doctors
 - Aktion Canchanabury
 - Andheri-Hilfe Bonn
 - Arbeiter-Samariter-Bund Deutschland
 - Arbeitsgemeinschaft der Eine-Welt-Landesnetzwerke in Deutschland (agl)
 - Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend in Deutschland (aej)
 - Arbeitsgemeinschaft Entwicklungsethnologie
 - Arbeitsgemeinschaft für Entwicklungshilfe (AGEH)
 - ASW – Aktionsgemeinschaft Solidarische Welt
 - AT-Verband
 - AWO International
- B**
- Behinderung und Entwicklungszusammenarbeit (bezev)
 - BONO-Direkthilfe
 - Brot für die Welt – Evangelischer Entwicklungsdienst
 - Bündnis Eine Welt Schleswig-Holstein (BEI)
 - Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ)
 - Bundesvereinigung Lebenshilfe
- C**
- CARE Deutschland-Luxemburg
 - Caritas International
 - Casa Alianza Kinderhilfe Guatemala
 - ChildFund Deutschland
 - Christliche Initiative Romero
 - Christoffel-Blindenmission Deutschland
- D**
- Das Hunger Projekt
 - Dachverband Entwicklungspolitik Baden-Württemberg (DEAB)
 - Deutsche Entwicklungshilfe für soziales Wohnungs- und Siedlungswesen (DESWOS)
 - Deutsche Kommission Justitia et Pax
 - Deutsche Lepra- und Tuberkulosehilfe (DAHW)
 - Deutsche Stiftung Weltbevölkerung (DSW)
 - Deutscher Paritätischer Wohlfahrtsverband
 - Deutsches Komitee für UNICEF
 - Deutsches Komitee Katastrophenvorsorge
 - Deutsches Rotes Kreuz*
 - DGB-Bildungswerk – Nord-Süd-Netz
 - Difäm
- E**
- Don Bosco Mondo
 - dvv international – Institut für Internationale Zusammenarbeit des deutschen Volkshochschul-Verbandes*
- F**
- FIAN Deutschland
 - FUTURO SÍ
- G**
- Gemeinschaft Sant’ Egidio
 - German Toilet Organisation (GTO)
 - Germanwatch
- H**
- Habitat for Humanity Deutschland
 - Handicap International
 - Help – Hilfe zur Selbsthilfe*
 - HelpAge Deutschland
 - Hilfswerk der Deutschen Lions
 - humedica
- I**
- Indienhilfe
 - INKOTA-netzwerk
 - Internationaler Hilfsfonds
 - Internationaler Ländlicher Entwicklungsdienst (ILD)
 - Internationaler Verband Westfälischer Kinderdörfer
 - Islamic Relief Deutschland
- J**
- Johanniter-Auslandshilfe
- K**
- Kairos Europa
 - Karl Kübel Stiftung für Kind und Familie
 - KATE – Kontaktstelle für Umwelt und Entwicklung
 - Kindernothilfe
 - Kinderrechte Afrika
- L**
- Lateinamerika-Zentrum
 - Lichtbrücke
- M**
- Malteser International
 - Marie-Schlei-Verein
 - matterna – Stiftung Frau und Gesundheit
 - medica mondiale
 - medico international
 - MISEREOR
- N**
- NETZ Bangladesch
- O**
- Ökumenische Initiative Eine Welt
 - OIKOS EINE WELT
- P**
- Opportunity International Deutschland
 - Ora International Deutschland
 - Oxfam Deutschland
- R**
- Plan International Deutschland
- S**
- Rhein-Donau-Stiftung
 - Salem International
 - Samhathi – Hilfe für Indien
 - Save the Children Deutschland
 - Senegalhilfe-Verein
 - Senior Experten Service (SES)
 - Society for International Development (SID)
 - SODI – Solidaritätsdienst-international
 - Sozial- und Entwicklungshilfe des Kolpingwerkes (SEK)
 - Stiftung Entwicklung und Frieden (SEF)
 - Stiftung Nord-Süd-Brücken
 - SÜDWIND – Institut für Ökonomie und Ökumene
 - Susila Dharma – Soziale Dienste
 - Swisscontact Germany
- T**
- Terra Tech Förderprojekte
 - terre des hommes Deutschland
 - Tierärzte ohne Grenzen
 - TransFair
- V**
- Verband Entwicklungspolitik Niedersachsen (VEN)
 - Verbund Entwicklungspolitischer Nichtregierungsorganisationen Brandenburgs (VENROB)
- W**
- Weltfriedensdienst
 - Weltgebetstag der Frauen – Deutsches Komitee*
 - Welthaus Bielefeld
 - Welthungerhilfe
 - Weltladen-Dachverband
 - Weltnotwerk der KAB Deutschlands
 - Werkhof
 - Werkstatt Ökonomie
 - World University Service
 - World Vision Deutschland
 - W. P. Schmitz-Stiftung
- Z**
- Zukunftsstiftung Entwicklungshilfe bei der GLS Treuhand

VENRO hat zurzeit 114 Mitglieder

* Gastmitglied

(Stand: Januar 2013)

Impressum

Herausgeber:

Verband Entwicklungspolitik deutscher
Nichtregierungsorganisationen e.V. (VENRO)
Dr. Werner-Schuster-Haus
Kaiserstr. 201
53113 Bonn

Telefon: 02 28 / 946 77-0

Fax: 02 28 / 946 77-99

E-Mail: sekretariat@venro.org

Internet: www.venro.org

Redaktion: Claus Körting, Heike Spielmans (verantwortlich)

Endredaktion: Kirsten Prestin

Fotonachweis: UN Photo/John Isaac (S. 4), UN Photo/Martine Perret (S. 6),
UN Photo/Eskinder Debebe (S. 8), UN Photo/Kibae Park (S. 10), Barbara Frommann (S. 12)

Layout: Petra Strauch

Druck: Druckerei Molberg GmbH

Gedruckt auf 100 % Recyclingpapier (Öko Art matt)

Auflage: 1.500 Exemplare

Nachdruck nur mit Genehmigung des Herausgebers

Bonn, Januar 2013

VENRO ist der Dachverband der entwicklungspolitischen Nichtregierungsorganisationen (NRO) in Deutschland. Der Verband wurde im Jahr 1995 gegründet, ihm gehören rund 120 Organisationen an. Sie kommen aus der privaten und kirchlichen Entwicklungszusammenarbeit, der Humanitären Hilfe sowie der entwicklungspolitischen Bildungs-, Öffentlichkeits- und Lobbyarbeit.

Das zentrale Ziel von VENRO ist die gerechte Gestaltung der Globalisierung, insbesondere die Überwindung der weltweiten Armut. Der Verband setzt sich für die Verwirklichung der Menschenrechte und die Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen ein.

VENRO

- vertritt die Interessen der entwicklungspolitischen NRO gegenüber der Politik
- stärkt die Rolle von NRO und Zivilgesellschaft in der Entwicklungspolitik
- vertritt die Interessen der Entwicklungsländer und armer Bevölkerungsgruppen
- schärft das öffentliche Bewusstsein für entwicklungspolitische Themen

VENRO – Verband Entwicklungspolitik deutscher Nichtregierungsorganisationen e.V.
www.venro.org